

## Schlängeln statt Radfahren? - Auf gemeinsamen Rad- und Fußwegen sind Konflikte vorprogrammiert

von Eberhard Schmalzried

Die Fläche vor den Geschäften an der Eltinger Straße gegenüber dem Leo-Center wird aufgewertet und attraktiver gemacht. Es wird dort "eine großzügige Vorzone der Erdgeschosebene mit kleineren Platzflächen" entstehen, neue Bäume werden gepflanzt, ein kleiner Teich mit Brunnen wird angelegt, kurz, dort entsteht ein gemütliches Plätzchen zum Verweilen, mit Sitzgruppen zum Eis schlotzen, Kaffee trinken, ein neues städtisches Herzstück nach dem Motto: *"Wir treffen uns heut Abend um sechs am Neuköllner Platz!"*



Auf Drängen der Stadtverwaltung hat nun der Gemeinderat im Juli 2006 beschlossen, auch die Radfahrer über diesen Platz zu schicken. Obwohl - wie die Stadt selber einräumt - an der Straße ausreichend Platz für einen eigenen Radweg zur Verfügung steht, wird damit ohne Not ein Konfliktfeld geschaffen genau für jene Verkehrsteilnehmer, denen im verkehrlichen Leitbild "Leonberg 2010" besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Nach der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung kommt ein solcher gemeinsamer Weg nur in Betracht, "wenn die Interessen des Radverkehrs das notwendig machen und wenn es nach den örtlichen Gegebenheiten und unter Berücksichtigung der Belange der Fußgänger, insbesondere der älteren Verkehrsteilnehmer und der

Kinder, im Hinblick auf die Verkehrssicherheit vertretbar erscheint".

Dies ist nach unserer Auffassung hier nicht gegeben: Weder machen die Interessen des Radverkehrs den gemischten Weg notwendig, denn für einen eigenen Radweg ist ausreichend Platz vorhanden. Zudem werden bei der Mischung von Rad- und Fußweg die Belange der Fußgänger, insbesondere der älteren Verkehrsteilnehmer und der Kinder, nicht ausreichend berücksichtigt!

Es wäre doch vernünftiger und auf längere Sicht auch kostengünstiger, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Horn, Sie würden den Radweg jetzt gleich richtig machen, als ihn später aufwendig und teuer nachzurüsten!

## Mit dunkler Haut lebt man gefährlich

meint Peter Schild aus Böblingen in seinem *"Beitrag für's GABL-Blättle"*

WM-Dritte sind wir worden,  
Von Süden wehten Fahnen bis zum Norden.  
Nur einer feiert gar nicht mehr:  
Der weit gereiste Ötzi-Bär,

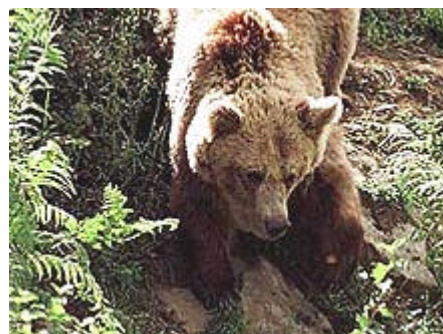
Von Südtirol zu uns gekommen  
Und bei uns schmachlich umgekommen.  
Zu Gast bei Freunden war er nicht,  
Drum widme ich ihm dies Gedicht.

Wochenlang hat er genarrt  
Die Fangversuche jeder Art.

Doch kaum zum Abschuss freigegeben,  
Verlor er prompt per Schuss sein Leben.

Und die Moral von der Geschichte?  
In Bayern liebt man Wilddieb' nicht,  
Noch weniger die Schaffleischfresser  
Und visalose Honigesser.

Auch stört der Rummel um den Petz  
Das bayrisch Majestätsgesetz.  
Hier darf nur einer König sein,  
Das ist der Stoi-Bär ganz allein



# Tempo 30 in Höfingen, Gebersheim und Warmbronn!

## Abgeordnetenbrief von Dr. Bernd Murschel, MdL, an Minister Rech

Sehr geehrter Herr Minister Rech,

Bürgerinnen und Bürger der Leonberger Stadtteile Höfingen, Gebersheim und Warmbronn berichten mir immer wieder von erheblichen Gefährdungen, Unfällen und Beinahe-Unfällen auf den Ortsdurchfahrten der genannten Stadtteile. Auch die Zunahme des Schwerlastverkehrs auf diesen Streckenabschnitten birgt ein hohes Gefährdungspotenzial insbesondere für Kinder auf dem Weg zur Schule. Von Seiten der Gemeinderäte, aus den Ortschaftsräten und von den betroffenen Bürgern kommt der Wunsch nach einer Geschwindigkeitsbegrenzung an engen, unübersichtlichen und gefährlichen Abschnitten der genannten Ortsdurchfahrten. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie fragen:

1. Ist es zutreffend, dass das Regierungspräsidium Stuttgart, Landespolizeidirektion, die Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h in den Ortsdurchfahrten der Leonberger Stadtteile Gebersheim, Warmbronn und Höfingen untersagt hat und wenn ja, auf welche rechtlichen Grundlagen stützt sich diese Entscheidung?
2. Welche alternativen Möglichkeiten bestehen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und die Ortschaftsräte in diesen Teilorten, Geschwindigkeitsbegrenzungen für die in Frage stehenden Straßenabschnitte zu erreichen?
3. Bei der Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen spielt die Bewertung der Gefahrenlage an einzelnen Streckenabschnitten eine wichtige Rolle. Wer nimmt diese Bewertung vor und nach welchen nachprüfbaren Kriterien erfolgt eine solche Einordnung, insbesondere wenn unterschiedliche Einschätzungen der Gefahrenlage vorgebracht werden?

Wie die Beispiele der Ortsdurchfahrten von Hirschlanden, Schöckingen und Münchingen zeigen, sind dort die Gefahrenstellen durch Geschwindigkeitsbeschränkungen entschärft worden. Warum dasselbe nicht auch in Gebersheim, Warmbronn und Höfingen möglich sein soll, bleibt unklar.

Für Ihre Antwort bedanke ich mich bereits im Voraus. Mit freundlichen Grüßen, Dr. Bernd Murschel, MdL



PS: In der Steinstraße geht's, in der Carl-Schmincke-Straße, in der Römerstraße, in der Hindenburgstraße, alles keine ausgesprochen verkehrsarmen Gegenden.... Sind die Einwohner in Höfingen, Gebersheim und Warmbronn etwa Bürger 2. Klasse? Ist deren Leben und Gesundheit weniger wert? Muss erst etwas passieren, bevor das Rathaus reagiert?

Wir sind gespannt auf die Antwort des Ministeriums und werden Sie über seine Antwort gegebenenfalls in der nächsten GABL-Postille informieren.

## Vorstand des grünen Ortsverbandes neu gewählt

Nach zwei Jahren als Sprecher des Vorstandes der Grünen in Leonberg hatte Bernd Murschel darum gebeten, dass andere Personen diese Aufgabe übernehmen. Durch seine Wahl zum Landtagsmitglied muss er seine Schwerpunkte neu setzen, weswegen er auch sein Amt als Kreistagsabgeordneter abgegeben hat. Die Mitglieder dankten ihm für seine engagierte und erfolgreiche Parteiarbeit, welche sich nicht zuletzt in den überdurchschnittlichen Leonberger Wahlergebnissen bei allen zurückliegenden Wahlen niedergeschlagen hat.

Nachdem durch eine Satzungsergänzung der Weg für eine Doppelspitze frei gemacht war, wurden Margot Schimke und R. Sebastian Werbke zur Sprecherin bzw. zum Sprecher des Ortsvorstandes gewählt. Personelle Kontinuität wurde bei allen anderen Funktionen im Ortsvorstand bewiesen. Unverändert ist Dieter Schmidt Kassierer, Birgit Suckut und Ursula Krebs sind Beisitzerinnen, Bernd Murschel ist Beisitzer.

In einem Brainstorming wurden in der Zwischenzeit Themen benannt, die in der nächsten, wahlfreien Zeit durch die Grünen in Leonberg öffentlich in die Diskussion getragen werden sollen. Als erstes, hochaktuelles Thema werden die Veränderungen im Gesundheitswesen aufgegriffen.

**Bei einer öffentlichen Veranstaltung mit Biggi Bender**, der gesundheitspolitischen Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, soll **am 30. Oktober** der Ansatz der Grünen vorgestellt werden, welche Aspekte für eine wirklich nachhaltige Reform des Gesundheitswesens wichtig sind. Der Ortsvorstand der Grünen in Leonberg ist am besten erreichbar über eine Email an: dieWerbkes@arcor.de



MdB Birgit Bender

# Ein Blick über den Leonberger Tellerrand

## Elektro-Smog durch Mobilfunkmasten

Über das Thema "Elektro-Smog durch Mobilfunkmasten" wurde in den letzten Monaten viel diskutiert, aktuell bei einem neu aufgestellten Mast am Rande der Riegeläckerstraße in Warmbronn. Inzwischen ist längst unbestritten, dass sowohl Kinder, als auch alte, kranke und besonders sensible Menschen auf die von den Masten ausgehenden Strahlen mit Unruhe und Schlaflosigkeit reagieren. Andere Quellen berichten von Hinweisen auf ein erhöhtes Krebsrisiko (vor allem Leukämie und Gehirntumore) als Folge elektromagnetischer Bestrahlung.

Im Leonberger Rathaus schätzt man diese Indizien als geringfügig und vernachlässigbar ein, die gesetzlichen Regeln würden eingehalten, heißt es. Anders in der Nachbargemeinde Weissach. Von dort berichtet uns Herr Klaus Bareis über Erfolge der dortigen "Interessengemeinschaft Mobilfunk".

Im Frühjahr 2000 beobachteten erschreckte Anwohner im Wohngebiet Oberer Ettlesberg in Flacht, wie unweit der Häuser von Mobilfunkfirmen Standorte für einen Mobilfunkmast erkundet wurden. Mittels einer Telefonaktion wurde eine spontane Anwohnerversammlung einberufen, an der sehr viele Anwohner teilnahmen und ihre Sorgen und Verunsicherungen zum Ausdruck brachten. Ein Ausschuss wurde gegründet, mit dem Auftrag, Erkundigungen einzuziehen. In Telefonaten mit dem Ortsbauamt war keine konkrete Auskunft zu erhalten, daher wurde beschlossen, in einer Bürgerfragestunde das Thema öffentlich zu machen. In der Zwischenzeit versuchte die Interessengemeinschaft Informationen zu diesem brisanten Thema zu sammeln, auch eine selbstfinanzierte Flugblattaktion zum Thema Mobilfunk wurde durchgeführt.

In der Fragestunde selbst wurde vom damaligen Bürgermeister Portmann zugesagt, nähere Informationen zum Thema Mobilfunk einzuholen, da auch hier offensichtlich ein großes Informationsdefizit vorhanden war.

In vielen Gesprächen mit der Gemeinde wurde vereinbart, eine Messung der Strahlungsbelastung in den Teilgemeinden Weissach und Flacht durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Messungen und die Bewertung der davon ausgehenden Be-

lastungen wurden von Herrn Honisch in einer gut besuchten Bürgerversammlung umfassend und kritisch dargestellt. Fazit: Der geplante Mobilfunkmast wurde nicht errichtet!

Die Gemeinde Weissach hat der Interessengemeinschaft Mobilfunk auch zugesagt, bei anstehenden Projekten diese zu informieren, eventuell auch zu Rate zu ziehen. Zusätzlich hat sich die Gruppe auch in die Lokale Agenda 21 eingebracht, um das Thema Mobilfunk weiter zu verfolgen.

Im Frühjahr 2004 erhielt die Gruppe dann Informationen, dass erneut ein Sendemast im Wohngebiet Ettlesberg errichtet werden sollte. Eine daraufhin durchgeführte Unterschriftenaktion erbrachte über 300 Unterschriften, die der Gemeinde vorgelegt wurden. Ob der Mast nun daraufhin nicht errichtet wurde oder ob eher Einwendungen der Naturschutzbehörde den Ausschlag gegeben haben, war nicht zu erfahren.

So bleiben wir mit wachsamen Augen und offenen Ohren am Thema Mobilfunk dran und hoffen, dass auch die neue Bürgermeisterin Fr. Kreutel der Errichtung von Mobilfunksendern kritisch gegenübersteht.

Ich hoffe, dass mein Artikel Ihnen bei Ihrer Arbeit etwas behilflich sein kann.

Mit freundlichen Grüßen, Klaus Bareis

---

## Bert Brecht: Wenn die Haifische Menschen wären

"Wenn die Haifische Menschen wären", fragte Herr K. die kleine Tochter seiner Wirtin, "wären sie dann netter zu den kleinen Fischen?"

"Sicher", sagte er. "Wenn die Haifische Menschen wären, würden sie im Meer für die kleinen Fische gewaltige Kästen bauen lassen, mit allerhand Nahrung drin, sowohl Pflanzen als auch Tierzeug. Sie würden dafür sorgen, dass die Kästen immer frisches Wasser hätten, und sie würden überhaupt allerhand sanitärische Maßnahmen treffen, wenn z.B. ein Fischlein sich die Flosse verletzten würde, dann würde ihm sogleich ein Verband gemacht, damit es den Haifischen nicht wegstürbe vor der Zeit.

Damit die Fischlein nicht trübsinnig würden, gäbe es ab und zu große Wasserfeste: denn lustige Fischlein schmecken besser als trübsinnige.

Es gäbe natürlich auch Schulen in den großen Kästen. In diesen Schulen würden die Fischlein lernen, wie man in den Rachen der Haifische schwimmt. Sie würden z.B. Geographie brauchen, damit sie die großen Haifische, die faul irgendwo rumliegen, finden könnten. Die Hauptsache wäre natürlich die moralische Ausbildung der Fischlein. Sie würden unterrichtet werden, dass es das Größte und Schönste sei, wenn ein Fischlein sich freiwillig aufopfert, und sie alle an die Haifische glauben müssten, vor allem, wenn sie sagten, sie würden für eine schöne Zukunft sorgen. Man würde den Fischlein beibringen, dass diese Zukunft nur gesichert sei, wenn sie Gehorsam lernten. Vor allen niedrigen, materialistischen, egoistischen und marxistischen Neigungen müssten sich die Fischlein hüten, und es sofort melden, wenn eines von ihnen solche Neigungen verriete.

Wenn die Haifische Menschen wären, würden sie natürlich auch untereinander Kriege führen, um fremde Fischkästen und fremde Fischlein zu erobern. Die Kriege würden sie von ihren eigenen Fischlein führen lassen. Sie würden die Fischlein lehren, dass zwischen ihnen und den

Fischlein der anderen Haifische ein riesiger Unterschied bestehe. Die Fischlein, würden sie verkünden, sind bekanntlich stumm, aber sie schweigen in ganz verschiedenen Sprachen und könnten einander daher unmöglich verstehen. Jedem Fischlein, das im Krieg ein paar andere Fischlein, feindliche, in anderer Sprache schweigende Fischlein, tötete, würde sie Orden aus Seetang anheften und den Titel Held verleihen.

Wenn die Haifische Menschen wären, gäbe es bei ihnen natürlich auch eine Kunst. Es gäbe schöne Bilder, auf denen die Zähne der Haifische in prächtigen Farben, ihre Rachen als reine Lustgärten, in denen es sich prächtig tummeln lässt, dargestellt wären.

Die Theater auf dem Meeresgrund würden zeigen, wie heldenmütige Fischlein begeistert in die Haifischrachen schwimmen, und die Musik wäre so schön, dass die Fischlein unter ihren Klängen, die Kapelle voran, träumerisch, und in der allerangenehmsten Gedanken eingelullt, in die Haifischrachen strömten.

Auch eine Religion gäbe es ja, wenn die Haifische Menschen wären. Sie würde lehren, dass die Fischlein erst im Bauche der Haifische richtig zu leben begännen.

Übrigens würde es auch aufhören, dass alle Fischlein, wie es jetzt ist, gleich sind. Einige von ihnen würden Ämter bekommen und über die anderen gesetzt werden. Die ein wenig größeren dürften sogar die kleineren fressen. Dies wäre für die Haifische nur angenehm, da sie dann selber öfter größere Brocken zu fressen bekämen. Und die größeren, Posten innehabenden Fischlein würden für die Ordnung unter denn Fischlein sorgen, Lehrer, Offiziere, Ingenieure im Kastenbau werden.

Kurz, es gäbe erst eine Kultur im Meer, wenn die Haifische Menschen wären."

**Am 14. August 2006 war Bert Brechts 50. Todestag**



# Alle schützen das Klima – nur der Verkehr nicht

## Grüne im Landtag fordern neuen Schwung für den öffentlichen Nahverkehr

Der Klimaschutz kommt in Deutschland dank der siebenjährigen Regierungsbeteiligung der Grünen gut voran. Die erneuerbaren Energien boomen, die Energiesparinvestitionen in Gebäude steigen, die Emissionen sind in den meisten Sektoren rückläufig. Eine Ausnahme macht der Verkehr. Während die Gesamtemissionen bundesweit seit 1990 um 19% abgenommen haben, sind die Emissionen des Straßenverkehrs in Baden-Württemberg im selben Zeitraum um 10% angestiegen. Der Verkehr frisst die Erfolge der Klimaschutzbemühungen an anderer Stelle auf. Damit das nicht so bleibt, müssen wir den Spritverbrauch auf unseren Straßen senken.



Die grüne Fraktion im baden-württembergischen Landtag schlägt die Einführung einer Nahverkehrsabgabe vor. Die Abgabe soll grundsätzlich von allen volljährigen Einwohnern erhoben werden, die sich nicht in Ausbildung befinden. Die Höhe der Abgabe soll 10% einer Jahresnetzfahrkarte betragen, also zwischen 40 € bis 150 € im Jahr. Als Gegenleistung erhalten die Einwohner eines Verkehrsverbundes mit Nahverkehrsabgabe ein verbessertes Verkehrsangebot zu einem günstigeren Preis. Der Kauf von Fahrscheinen oder Monatskarten bis zur Höhe der Abgabe ist kostenlos. Das Guthaben ist nicht übertragbar und verfällt, wenn es nicht innerhalb eines Kalenderjahres genutzt wird.

Für die regelmäßigen Nutzer des VVS wäre die Nahverkehrsabgabe kostenneutral. Selbst Gelegenheitsfahrer hätten kaum Probleme, die Abgabe einzusetzen: Schon bei zwei Fahrten pro Monat von einem der Umlandkreise in die Stuttgarter City (mindestens drei Zonen) ergeben sich Kosten von 150 € im Jahr.

Personen, die den VVS überhaupt nicht nutzen, haben zwei Möglichkeiten: Entweder sie verzichten weiterhin auf öffentliche Verkehrsmittel. Dann finanzieren sie die Fahrten anderer mit Bus und Bahn und kommen dafür zügiger auf den Straßen voran. Oder sie steigen selbst auf die öffentlichen Verkehrsmittel um, erhalten damit die Zahlung der Nahverkehrsabgabe angerechnet und schonen die Umwelt, aber auch die Nerven und Gesundheit der Menschen in den Zentren und an den Durchfahrtsstraßen der Region.

Da sich die Nahverkehrsabgabe auch auf Einzelfahrten anrechnen lässt, hat wirklich jeder die Chance, seine Zahlung zu amortisieren. Mit der Nahverkehrsabgabe wird die Lebensqualität besonders in den Zentren der Ballungsräume verbessert, der Verkehr flüssiger, Mobilität umwelt- und menschenfreundlicher. Auch die Wirtschaft profitiert von einer besseren Erreichbarkeit und verminderten Staukosten. Die Nahverkehrsabgabe ist für alle und alle profitieren von ihr.

Dr. Bernd Murschel aus dem Stuttgarter Landtag

## China - ein Vorbild für uns?

### Smog und Stau bremsen Autoboom

Der Autoboom in China schadet der Umwelt stark. Um die Luftverschmutzung in chinesischen Städten zu verringern, fordern Behörden, dass die Chinesen wieder aufs Rad umsteigen sollen. Der stellvertretende Bauminister Qui Baoxing soll gesagt haben, dass alle Städte Radwege wieder herstellen müssen, die beim Straßenausbau geopfert wurden. Ende der 1980-iger Jahre habe es in China noch 500 Millionen Fahrräder gegeben, die Zahl hat sich durch den Autoboom drastisch verringert. Die Zahl der Autos sei um das Zwanzigfache gestiegen, derzeit soll es in China 27 Millionen motorisierte Fahrzeuge geben, bis 2020 wird mit 130 Millionen gerechnet. Die Beschäftigten der Behörden wurden angewiesen, mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln zu kommen. (aus "Radwelt" Nr. 4 / 2006)



Herausgegeben von der GABL- Fraktion im Leonberger Gemeinderat - [www.gabl.de](http://www.gabl.de)

Dr. Axel Kuhn, Dr. Bernd Murschel, Gudrun Sach, Eberhard Schmalzried (verantwortlich), Birgit Widmaier. - Auflage 4000  
Die GABL-Postille erscheint 11 mal im Jahr. Sie liegt im "Bücherwurm" Leonberg, Marktplatz 10, im "Papierladen", Graf-Eberhard-Straße 4 und Bismarckstraße 33 kostenlos zum Mitnehmen aus. Außerdem stecken wir sie in wechselnden Bezirken Leonbergs in die Briefkästen. Abonnenten schicken wir die GABL-Postille unentgeltlich und unverbindlich zu. Wenn auch Sie die GABL-Postille regelmäßig beziehen wollen, dann wenden Sie sich bitte an

Dieter Schmidt in Leonberg, Hofmannstraße 111, Telefon: 07152-23485, Fax: 07152-352742, Email: Schmidt-de@arcor.de